



Viel Kopfarbeit ist auch in der neuerlichen Bürgerbeteiligungsrunde, der ersten Strategiewerkstatt, angesagt. Interessiert verfolgen auch Bürgermeister Winfried Abicht und Rathauschef Frank Schneider (erste Reihe ab 2. v. re.) die Instruktionen von Prozesskoordinator Christoph Weinmann, ehe es in die Gruppenarbeit geht. Foto: Kollros

Bürger wünschen sich Runden Tisch

Mehr als 30 Teilnehmer beraten bei der ersten von zwei Strategiewerkstätten über Mühlacker Zukunftsthemen

Die ersten sechs Handlungsfelder, die in der jüngsten Beratungsrunde im Rahmen der Bürgeraktion „Mühlackers Zukunft gemeinsam gestalten“ zur Umsetzung priorisiert wurden, stehen fest.

VON NORBERT KOLLROS

MÜHLACKER. Der Bogen spannt sich von organisierter Nachbarschaftshilfe über Bürgertreffpunkte und verbesserter Kommunikation bis hin zu vielseitig zu optimierenden Mobilitätsangeboten.

„Hitze frei“ war am Mittwochabend in der Uhlandschule kein Thema: Dort berieten zwei Stunden lang gut 30 Teilnehmer der ersten von zwei Strategiewerkstätten, welche der im aktuellen Beteiligungsprozess in sieben Stadtteil-Sitzungen sowie im World-Café erarbeiteten 140 Vorschläge oben auf der „To-do-Liste“ angesiedelt und dem Gemeinderat zur wohlwollenden Begleitung vorgelegt werden sollen. Reichlich Vorarbeit hatte der Prozess-Koordina-

tor Christoph Weinmann geleistet, der die 140 Einzelmaßnahmen thematisch geordnet hatte und so der ehrenamtlichen Bürgergruppe die Auswahl ein Stück weit erleichterte.

Ein Verein, der Nachbarschaftshilfe organisiert, ist eine der sechs konkreten Vorstellungen. Dazu sei die Stadt mit ins Boot zu holen, um „ein bisschen Geld“ für die Anschubfinanzierung zu erhalten, aber auch für Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit als Anlaufstelle, wo auch mal eine kleine Veranstaltung stattfinden könne. Alles Organisatorische hingegen sei von den Bürgern zu bestreiten, wozu formell ein Verein zu gründen wäre, so der Berichterstatter aus der Gruppe.

Als Mittel, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern, sah die nächste Gruppe die Erfordernis, eine Art Ortschaftsrat zu installieren. Ob formell im Rahmen einer Ortschaftsverfassung oder rein als Mittelsmann zur Verwaltung und ob in jedem Stadtteil erforderlich, ließ die Gruppe zunächst offen, gleichwohl angesagt sei ein „Runder Tisch Ehrenamt“.

Zu ähnlichen Vorstellungen wie zuvor schon geschildert kam jene Gruppe, die sich mit Bürgertreffpunkten beschäftigte: Begleitung durch die Stadt bei der Suche nach Räumlichkeiten, finanzielle Unterstützung, und auch hier ein „Runder Tisch“, an dem sich ein von der Stadt eingesetzter „Kümmerer“ mit den Ehrenamtlichen austauschen könnte. Und recht deutlich fordernd: ein positives Bekenntnis dazu durch den Gemeinderat, statt noch bürokratische Hürden aufzubauen.

Das nächste Thema: optimierte Kommunikationswege, damit Informationen aus dem Rathaus auch an Bürger herangetragen würden, die keine Lokalzeitung lesen würden, namentlich auch Menschen mit Migrationshintergrund. Ein weiterer Aspekt: amtliche Bekanntmachungen sollten verständlicher formuliert werden, um mehr Transparenz zu schaffen. Als großes Manko wurde dargestellt, dass es bei Gemeinderatssitzungen keine Bürgerfragestunden gebe.

Für mehr Lebensqualität und Visionen sei es erforderlich – so eine These von

Gruppe fünf –, das Leitbild von der „Jungen Stadt“ neu zu definieren. Und dazu gehöre ein Ende des Stillstands bei Wohn- und Gewerbegebietsausweisungen. In einer „Jungen Stadt“ bräuchten junge Menschen Wohnraum und Arbeitsplätze.

Last but not least – das Gruppen-Thema „verbesserte Mobilität“, das fast abendfüllend hätte erläutert werden können. Aus dem Gruppensprecher sprudelte es nur so heraus, stichwortartig: im Nahverkehr kaum eine Vernetzung zwischen den Stadtteilen, die vorhandene Grenze zwischen Pforzheimer und Stuttgarter Verkehrsverbund, ein miserables innerstädtisches Radverkehrsnetz, dazu laufend Staus auf der Bahnhofstraße und Lieferverkehr, der den Verkehrsfluss zusätzlich behindere, und nicht zuletzt unerfüllte Bürgerwünsche nach Tempo 30 in den Durchgangsstraßen wie etwa Großglattbach. Der konkrete Wunsch: ein regelmäßiger Austausch zwischen der Verkehrsbehörde und einer noch zu gründenden Bürgergruppe, um die zahlreichen Unzulänglichkeiten im Bereich der Mobilität abzubauen.